

# Übersichten

## Außenpolitik

\*(1)

### China entgeht knapp einer Verurteilung durch die UNO-Menschenrechtskommission

Am 8. März 1995 schrammte die VR China bei der 51. Sitzung der "UN Commission on Human Rights" knapp an einer Verurteilung vorbei. Der Antrag, China wegen Menschenrechtsverletzungen zu verurteilen, war von den USA sowie Mitgliedern der EU eingebracht worden. Er wurde jedoch mit 21:20 bei 12 Stimmenthaltungen zurückgewiesen, wobei China als Verbündete vor allem Länder der Dritten Welt hinter sich bringen konnte. Gegen die Verurteilung setzten sich nämlich ein: Algerien, Angola, Bangladesh, Bhutan, Cuba, Elfenbeinküste, Indien, Indonesien, Kamerun, Malaysia, Mauretanien, Nepal, Pakistan, Peru, Sri Lanka, der Sudan, Togo, Zimbabwe und China selbst, denen sich im letzten Augenblick noch Rußland zugesellt hatte, das von den Europäern und Amerikanern zur eigenen Seite gerechnet worden war. Das "Umfallen" Rußlands im letzten Augenblick verhinderte also eine Verurteilung Chinas.

Für die Verurteilung stimmten die Vereinigten Staaten und ihre westlichen Verbündeten, darunter EU- und lateinamerikanische Länder. Stimmenthaltung übten Ägypten, Äthiopien, Benin, Brasilien, Chile, Kolumbien, Malawi, Mauritius, Mexiko, die Philippinen, die Republik Korea und Venezuela.

Vorausgegangen war bereits eine Abstimmung über einen Antrag auf "Nichtbehandlung" des Themas, der von China selbst eingebracht worden war und bei 22:22 Stimmen (und 9 Enthaltungen) gescheitert war.

Der neue Antrag auf Verurteilung Chinas wegen "violation of human rights" war 1995 bereits zum vierten Mal eingebracht, war aber bis dahin ebenso regelmäßig abgewiesen worden - allerdings noch nie so knapp wie diesmal.

Schon im Vorfeld hatte auch China die Gefahr verspürt und ungewöhnlich aggressiv interveniert, indem Ministerpräsident Li Peng persönliche Schreiben an die Regierungschefs Deutschlands, Frankreichs und Spaniens gerichtet und sie davor gewarnt hatte, für die bevorstehende Resolution in Genf an der Verurteilung Chinas zu stimmen. Außerdem waren die Geschäftsträger der drei Staaten ins Beijinger Außenministerium einbestellt worden.

Der Leiter der Bonner Delegation in der Menschenrechtskommission, der FDP-Politiker Gerhart Baum, hatte - unbeindruckt von den versteckten Drohungen - darauf "vertraut", daß sich angesichts der neuen Zusammensetzung der Kommission nun andere Mehrheiten ergeben könnten. (Dazu das Interview in SZ, 4./5.3.95) Baum war sich in diesem Interview noch sicher gewesen, daß Rußland "auf unserer Seite steht" - und dies trotz Tschetschenien. Der Resolutionsantrag bringe "im Kern die Sorge der Antragsteller über die fortschreitende Verletzung der Menschenrechte und der fundamentalen Freiheiten in China zum Ausdruck sowie die Sorge um den Schutz unterschiedlicher kultureller, ethnischer, sprachlicher und religiöser Gruppen", wobei Tibet ausdrücklich beim Namen genannt wird. China solle aufgefordert werden, Menschenrechte und fundamentale Freiheiten zu achten. Auch werde auf die schwierige Situation von Frauen in China hingewiesen.

Gleichzeitig wies Baum darauf hin, daß China keineswegs damit zufrieden sei, eine Abstimmung nur zu gewinnen. Vielmehr fühle es sich schon dadurch beschwert, daß wichtige Staaten eine solche Resolution überhaupt auf den Tisch legen.

Der chinesische Vertreter bei der Menschenrechtsorganisation, Jin Yongjian, betonte bei der Aussprache, die der Abstimmung unmittelbar vorausging, daß China sich deshalb so entschieden gegen die Resolution einsetze, weil ihre Annahme lediglich dazu führe, daß westliche Länder die Menschenfrage künftig noch mehr als Vorwand benutzen könnten, um sich in die inneren

Angelegenheiten von Entwicklungsländern einzumischen. (XNA, 9.3.95) Nachdem der kalte Krieg vorüber ist, hätten sich die Vereinigten Staaten und eine Reihe anderer westlicher Länder nun auf die Entwicklungsstaaten eingeschossen, vor allem auf China, das als größtes Entwicklungsland die gemeinsamen Interessen der Dritten Welt besonders engagiert verteidige und sich damit als Haupthindernis gegen Hegemonismus und westliche Machtpolitik erweise. Der Westen habe die "sog. Menschenrechtsfrage als politische Waffe gegen China" aufgegriffen. Bei der laufenden Diskussion vor der Menschenrechtskommission sei keineswegs nur China, sondern immerhin eine Gesamtzahl von nicht weniger als 30 Entwicklungsländern wegen angeblicher Menschenrechtsverletzungen attackiert worden, während eben diese Länder die Menschenrechtsverletzungen auf ihren eigenen Territorien großzügig übersähen. (Ebenda)

Nachdem die Resolution entgegen den ursprünglichen Erwartungen abgewiesen worden war, gab sich China plötzlich wieder sehr selbstsicher. U.a. kam dies in einer Pressekonferenz Außenminister Qian Qichens vom 10. März zum Ausdruck, bei der ein dpa-Vertreter die Frage stellte, ob die wirtschaftliche Kooperation zwischen China und Deutschland unter dem deutschen Antragsverhalten in Genf leiden könne. Qian gab sich generös und betonte, daß "wir die wirtschaftlichen Beziehungen nie mit anderen Fragen verbinden. Das hindert uns allerdings nicht daran, einigen Ländern zu raten, von albernem Handlungsweisen Abstand zu nehmen und beispielsweise eine Resolution zu den Menschenrechten zu initiieren, da diese Länder schon so oft gescheitert sind". (BRu 1995, Nr. 12, S. 33) -we-

\*(2)

### Zum 50. Jubiläum der UNO: Zustimmung und Reformvorschläge

1995 feiert die UNO den 50. Jahrestag ihrer Gründung. Anlässlich dieses Ereignisses gab Außenminister Qian Qichen folgende Einstellung Chinas zur UNO bekannt:

(1) China hält eine Reform der UNO für erforderlich: In den letzten fünfzig Jahren sei die Zahl der UNO-Mitglieder von 51 auf 185 angestiegen. Da die meisten der 130 Neulinge Entwicklungsländer sind, müßten die Funktionen der UNO-Vollversammlung ausge-



weitert und gestärkt werden, um die allgemeinen Wünsche und Ziele dieser Mitgliedsländer widerzuspiegeln.

(2) China unterstützt ferner die Reform und Kompetenzerweiterung des Sicherheitsrats, doch sollte die Erhöhung der Zahl der ständigen sowie der zeitweiligen Mitglieder auf der Grundlage einer gleichen geographischen Verteilung erfolgen, damit die Repräsentationsverhältnisse nicht zu einseitig ausfallen. (Ob sich China damit für Indien und für Japan besonders stark macht?)

Die Reform des Sicherheitsrats hat aus chinesischer Sicht den Kern des reformerischen Vorgehens zu bilden. Hierbei gehe es vor allem um zwei Punkte, nämlich erstens die Zulassung zusätzlicher Mitglieder und zweitens um das Vetorecht. China ist der Ansicht, daß vom Vetorecht allzu häufig und allzu egoistisch Gebrauch gemacht werde. Daß es freilich mit seinem eigenen Vetoverhalten jede Diskussion in der Taiwan- und in der Tibet-Frage verhindert, will es keineswegs gelten lassen!

Drittens soll die UNO in Zukunft versuchen, regionale Konflikte mehr auf politische Weise und weniger durch direkte militärische Interventionen anzugehen.

Viertens solle die UNO ihr Augenmerk verstärkt auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Fragen richten, da ohne eine befriedigende Lösung dieser Bereiche Friede und Sicherheit auf die Dauer gefährdet würden. (BRu 1995, Nr. 12, S. 31) -we-

\*(3)

### **Empfang des Dalai Lama in Bonn**

Vom 3. bis 7. Mai 1995 besuchte das geistliche Oberhaupt Tibets, der Dalai Lama, die Bundesrepublik Deutschland und kam u.a. nach Bonn, Köln, Wiesbaden, Essen und Hannover. Dabei traf er mit zahlreichen Parlamentariern zusammen und hielt im Wiesbadener Landtag eine Rede.

Der Dalai Lama war bereits 1990 vom damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker und 1994 von der Präsidentin des Bundestags, Rita Süßmuth, empfangen worden, nicht jedoch vom Außenminister, da damals (und zwar im Juli 1994) der Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng unmittelbar bevorgestanden hatte, so daß es zu unangenehmen Kollisionen hätte kommen können.

Diesmal allerdings wollte sich Außenminister Kinkel nicht von einem Empfang des Dalai Lama abhalten lassen und hatte bereits im voraus bekanntgegeben, daß er das tibetische Oberhaupt empfangen wolle, allerdings nicht als Repräsentanten eines eigenständigen Staats (denn Bonn gehe nach wie vor davon aus, daß Tibet ein Teil der VR China sei), sondern als Vertreter einer Religionsgemeinschaft, die schwere Verfolgungen erlitten habe.

Die chinesische Botschaft in Bonn hatte darauf am 27. April förmlich protestiert - und dies aus chinesischer Sicht nicht ganz zu Unrecht, da sich angesichts der caesaro-papistischen Tradition Tibets die beiden Funktionen des Staats- und des Kirchenoberhaupts gerade in Tibet keineswegs auseinanderdividieren lassen!

Beim Empfang selbst versuchte der Dalai Lama dem Außenminister eine Schärpe der Freundschaft um den Hals zu hängen, wurde an diesem Tun aber dadurch gehindert, daß Kinkel das ihm mit erhobenen Armen entgegengestreckte Geschenk "rechtzeitig" mit den Händen abging, ehe es ihm um seinen Nacken gelegt werden konnte - eine etwas linkische Geste, die um so mehr an Wirkung verlor, als Presse und Fernsehen jede dieser Bewegungen genau registriert und den Ablauf anschließend mit zahlreichen ironischen Kommentaren an die Öffentlichkeit weitervermittelt hatten.

Am gleichen Tag gab Außenminister Qian Qichen in Beijing eine Pressekonferenz, bei der er generös über die Tatsache hinweg sah, daß sich Deutschland einem Resolutionsantrag zur Verurteilung Chinas durch die Genfer UNO-Menschenrechtskommission angeschlossen hatte, damit aber am 8. März gescheitert war. Bonn müsse wegen dieses Verhaltens nicht mit wirtschaftlichen Sanktionen Chinas rechnen, führte er aus. "Das hindert uns allerdings nicht daran, einigen Ländern zu raten, von albernem Handlungsweisen Abstand zu nehmen", fügte er hinzu. (BRu 1995, Nr. 12, S. 33; siehe auch die Übersicht zur Menschenrechtsresolution in diesem Heft)

Vom 29. März bis 6. April hatte der Dalai Lama auch Japan besucht. Diese Visite war von China als eine "Einmischung in die inneren Angelegenheiten der VRCh" bezeichnet worden. Der Dalai Lama sei "keine gewöhnliche religiöse Figur, sondern befinde sich in poli-

tischem Exil, von wo aus er versuche, das Vaterland zu spalten und die nationale Einheit unter dem Vorwand der Religion zu zerstören. Egal, unter welchem Vorwand auch immer seine Reise nach Japan stattfindet: sie stellt den Versuch dar, Japan für seine separatistischen Aktivitäten zu benutzen. Wir haben die Japaner gebeten, sämtliche chinesisch-japanischen Beziehungen zu berücksichtigen und dem Dalai Lama die Einreise nach Japan zu verweigern." (BRu 1995, Nr. 14/15, S.29) -we-

\*(4)

### **China und Rußland: Besuch Kosyrews in Beijing**

Am 1. und 2. März 1995 hielt sich der russische Außenminister Kosyrew zu einem zweitägigen Besuch in Beijing auf.

Im Mittelpunkt seiner Visite standen drei Hauptpunkte, nämlich das Angebot Rußlands, sich an chinesischen Schlüsselprojekten, vor allem am Bau des Kraftwerks am Drei-Schluchten-Damm, zu beteiligen, ferner die Versicherung, daß die russische Regierung sich streng an die Einzelheiten des 1991 geschlossenen Abkommens über die Abgrenzungen entlang der russisch-chinesischen "Ostgrenze" halten wolle und, drittens, die Vorlage eines Abkommens über die Abgrenzung an der russisch-chinesischen Westgrenze. (XNA, 3.3.95)

Vor allem Punkt 2 hatte sich in der russischen Innenpolitik als heißes Eisen erwiesen: Immer wieder war es seit 1991 entlang der "Ostgrenze" zu Zusammenstößen zwischen beiden Seiten gekommen. Bereits 1991 war das Abkommen, das die sensible Region entlang des Amur regelt, als problematisch empfunden und seitdem von einzelnen russischen "Regionalfürsten" immer wieder attackiert worden. Außenminister Qian Qichen kommentierte die Lage bei seiner Pressekonferenz am 10. März folgendermaßen: "Vor kurzem besuchte der russische Außenminister Kosyrew China. Bei diesem Besuch tauschten wir uns über viele Fragen aus. Obwohl einige russische Offizielle die Grenzfrage in einer Weise aufgegriffen haben, die nicht dem Abkommen entspricht, das die Legislativorgane beider Länder unterzeichnet und ratifiziert haben, hat die russische Regierung klargestellt, daß sie sich an dieses Abkommen halten wolle. Damit sind wir sehr zufrieden." (XNA, 11.3.95)



Erst am 12. April war bei einem Zusammenstoß an der chinesisch-russischen Grenze ein russischer Offizier getötet worden.

Zufrieden zeigte sich Qian über das Abstimmungsverhalten Rußlands vor der Menschenrechtskommission am 8. März. (Dazu Übersicht in diesem Heft) Lediglich das Umschwenken Rußlands zugunsten Chinas im letzten Augenblick hatte eine Verurteilung der VRCh verhindert. (XNA, 11.3.95).

Zum Thema der Projektzusammenarbeit zwischen beiden Ländern, wie es oben unter Punkt 1 erwähnt wurde, gehört auch die Lieferung russischer Kernkraftwerke an die VR China. Beide Seiten wiesen darauf hin, daß sich die Zusammenarbeit unter der Kontrolle der Internationalen Atomenergiebehörde vollziehe. Kosyrew wies auch darauf hin, daß die Lieferung von KKW's an den Iran in Übereinstimmung mit den IAEA-Regelungen stehe. (ITAR-TASS in SWB, 8.3.95)

Des weiteren lud Kosyrew den chinesischen Staatspräsidenten Jiang Zemin im Namen des russischen Präsidenten Jelzin dazu ein, am 9. Mai an den 50-Jahr-Feiern anlässlich des Sieges im Zweiten Weltkrieg teilzunehmen. Jiang nahm diese Einladung an und reiste zum besagten Zeitpunkt auch nach Moskau.

Das chinesische Außenministerium begründete die Teilnahme Jangs bei den Feierlichkeiten in Moskau mit dem "gemeinsamen Sieg im antifaschistischen Krieg, in dem beide Länder enorme nationale Opfer gebracht und historische Beiträge geleistet" hätten. Durch diese Teilnahme solle "die Freundschaft gefördert, der Wunsch der Völker nach Frieden und Stabilität zum Ausdruck gebracht und die Völker der Welt und die künftigen Generationen gemahnt werden, daß Geschichte nicht in Vergessenheit gerät. (BRu 1995, Nr. 17, S. 28)

Auch sonst zeigten sich beide Seiten über die Entwicklungen der Beziehungen zufrieden, vor allem über die Tatsache, daß Rußland eine Steigerung seiner Waffenexporte ins Auge faßt und dabei vor allem die Zusammenarbeit mit traditionellen Partnern wie Indien, einigen Nahostländern und nicht zuletzt mit China verstärken wolle.

Westliche Korrespondenten wollen "neue Spannungen" zwischen China und Rußland entdeckt haben und weisen

auf den "drastischen Rückgang des einst hoffnungsvoll begonnenen sino-russischen Handel in den letzten Monaten" sowie auf die wachsenden Spannungen entlang dem Ussuri-Fluß hin, der bereits 1969 Schauplatz eines kurzen, aber heißen Kriegs gewesen war. Gouverneure der ostsibirischen Provinzen gingen davon aus, daß zwei Millionen Chinesen sich bereits im vormals dünnbesiedelten russischen Gebiet festgesetzt hätten und daß damit eine "schleichende Sinisierung Sibiriens" begonnen habe, weshalb ihnen auch die Annullierung des chinesisch-russischen Grenzabkommens von 1991 am Herzen liege. Auch habe die chinesische Armee unter Teilnahme einer halben Million Soldaten in der ersten Februarhälfte 1995 entlang der Konfliktzone Manöver abgehalten - "just zu der Zeit, als der Rest der Welt wegen der von russischen Truppen in Tschetschenien gebotenen Vorstellung ernsthaft an deren Schlagkraft zu zweifeln begann". (SZ, 3.3.95)

Zumindest der Hinweis auf den Rückgang des Handelsvolumens i.J. 1994 vermag nicht ganz zu überzeugen, da es sich hierbei eher um ein zeitweiliges Phänomen handelt und da nach den gemeinsamen Bekundungen das Handelsvolumen zwischen beiden Ländern i.J. 1996 bereits wieder auf den Stand von 1993 gebracht werden solle. Der momentane Rückgang habe mit einer Reform des Außenverwaltungssystems beider Länder zu tun.

Bisher hat sich die Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern in drei Phasen verändert: In den 50er Jahren, d.h. im Zeichen der "unverbrüchlichen sino-sowjetischen Freundschaft", waren mit sowjetischer Hilfe zahlreiche Industriebetriebe in China aufgebaut worden. Die zweite Phase fiel in die 80er Jahre, als Gorbatschow Reformen in der Sowjetunion eingeleitet und gleichzeitig die bis dahin manchmal unerträglichen Spannungen zu China abgebaut hatte. Damals kam es zu einer erneuten Zusammenarbeit beim Bau neuer Projekte und bei der Umgestaltung der in den 50er Jahren vorhandenen Anlagen sowie zu einer rapiden Entwicklung des Grenzhandels.

Nach dem Verschwinden der Sowjetunion begann bereits 1992 die dritte Phase. 1992 betrug das Handelsvolumen zwischen beiden Ländern 5,9 Mrd.USD und überschritt damit den Rekord von 4,3 Mrd.USD aus dem Jahr 1990, dem Höhepunkt der zweiten Pha-

se. 1993 stieg das Volumen dann auf den bisherigen Rekord von 7,7 Mrd. USD. Gleichzeitig wurden zahlreiche Abkommen über die Devisenverrechnung, über die Meistbegünstigung und über die Einrichtung von Kooperationskomitees auf dem Gebiet der Wirtschaft, des Handels und der Technik geschlossen. Zusätzlich kam es zu Kooperationsverträgen über konkrete Projekte, z.B. über den Bau eines russischen Kernkraftwerks mit einer Kapazität von 2 Mio.kW in der Provinz Liaoning, das mit einem russischen Regierungskredit in Höhe von 2,5 Mrd.USD unterstützt wird.

Jelzin und der russische Ministerpräsident Tschernomyrdin besuchten nacheinander China, während der chinesische Staatspräsident Jiang Zemin im September 1994 zu einer Gegenvisite nach Rußland kam.

Immer wieder weist die russische Seite darauf hin, daß russische Produkte - verglichen mit westlichen Erzeugnissen - sich zwar auf den ersten Blick etwas plump ausnehmen, daß sie aber in puncto Qualität und Strapazierfähigkeit unübertrefflich seien: Noch heute könne man in allen Teilen Chinas Lkws russischer Bauart antreffen, die bereits in den 60er Jahren geliefert wurden. Verbesserungsbefürftigt sei freilich das russische Dienstleistungs- und Reparaturangebot.

Was die chinesischen Lieferungen anbelange, so sei Rußland zwar im großen und ganzen damit zufrieden; doch sei es vereinzelt zur Lieferung von "Schundwaren in großer Menge nach Rußland" gekommen, so daß chinesische Waren heutzutage teilweise mit einem gewissen Mißtrauen betrachtet würden. (BRu 1995, Nr. 17, S. 24) Die chinesische Seite habe versprochen, hier Abhilfe zu schaffen, und habe seit 1994 ihre Warenprüfungen und Zollkontrollen im Im- und Exportbereich intensiviert.

Was die chinesischen Vorstellungen im Hinblick auf das Jelzin-Regime anbelangt, so besteht starkes Interesse an einer inneren Stabilisierung. Vor allem paßt der Tschetschenien-Konflikt nicht in das chinesische Wunschbild, obwohl Beijing eigentlich Verständnis für die russische Situation haben müßte, da Tschetschenien viel mit Xinjiang gemeinsam hat: Tschetschenien ist eine der 21 Republiken der Russischen Föderation, liegt (mit seinen nur 15.000 qkm) im fernen Südwesten und hat eine Bevölkerung von einer Million Men-



schen, die meist dem muslimischen Glauben angehören. Nach dem Scheitern des Putsches in Rußland am 19. August 1991 hatte einer der einflußreichsten Politiker dieser Region, Dudajew, die lokale Sowjetregierung in Grosny gestürzt, die Unabhängigkeit Tschetscheniens ausgerufen und sich von da an geweigert, Steuern an die Föderationsregierung zu entrichten, an den Föderationswahlen teilzunehmen oder aber den Föderationsvertrag zu unterzeichnen. Separatismusbestrebungen einer fernliegenden Region mit muslimischer Bevölkerung - dies muß den Chinesen bekannt vorkommen!

Allerdings haben sie sich bisher mit direkter Kritik an der Tschetschenien-Politik zurückgehalten und beteiligen sich lieber als Trittbrettfahrer an der westlichen Tschetschenien-Politik. Gemeinsam ist ihnen beispielsweise das Interesse des Westens, Rußland "schwach, aber stabil" zu halten und Moskau immer wieder daran zu erinnern, seine Truppenstärken nicht vertragswidrig wieder zu erhöhen. Gleichzeitig ist China daran interessiert, daß Rußland in übernationale Vertragswerke eingebunden wird, so z.B. in einen "gesamteuropäischen Partnerschafts"-Vertrag, wie er - als Gegenstück zur Osterweiterung der NATO - den Russen angeboten worden ist.

Aus den gleichen Erwägungen heraus will China auch eine Mitgliedschaft Rußlands im APEC unterstützen.

Ebenso wie die westlichen Länder fühlen sich auch die Chinesen dem neuen Rußland gegenüber sowohl als Partner als auch als Rivalen: Auf der einen Seite weiß man von der Aussichtslosigkeit und Schädlichkeit militärischer Konflikte oder aber der inneren Auflösung Rußlands nach dem Schema der einstigen Weimarer Republik - und sucht deshalb das Regime Jelzin zu stabilisieren. Auf der anderen Seite bleibt Rußland bei seinem alten Ziel, neu eine Weltmachtstellung aufzubauen, wobei es mit dem Voranschreiten der NATO in Richtung Osteuropa konfrontiert wird.

China verfolgt dieses Pro und Contra mit wachsendem Engagement und kann erleben, wie seine Interessen und die des Westens immer identischer werden. -we-

\*(5)

### **Demnächst diplomatische Beziehungen mit Bosnien-Herzegowina?**

Am 16. und 17. März kam der Ministerpräsident von Bosnien-Herzegowina, Haris Silajdzic, zu einem Kurzbesuch nach Beijing, wohin er vom "Institut des chinesischen Volkes für auswärtige Angelegenheiten" eingeladen worden war. Silajdzic traf aber auch mit offiziellen Repräsentanten der VRCh zusammen, u.a. mit Außenminister Qian Qichen, der seine Besorgnis über die wachsenden Spannungen in Bosnien-Herzegowina äußerte, gleichzeitig aber auch die Bereitschaft Chinas zum Ausdruck brachte, offizielle Beziehungen mit allen Ländern des früheren Jugoslawien zu entwickeln, und zwar auf der Grundlage der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz.

Beide Seiten stimmten darin überein, daß "sobald wie möglich diplomatische Beziehungen zwischen ihnen" errichtet werden sollten. (XNA, 18.3.95) -we-

\*(6)

### **Neuer Eklat um die Spratlys - diesmal mit den Philippinen**

Im Januar 1995 hatten chinesische Schiffsbesatzungen auf zwei Inseln des Spratly-Archipels, die von den Philippinen beansprucht werden, nämlich auf dem Jackson-Atoll (chin.: Wufang) und auf dem "Halbmondriff" (chin.: Banyue), Seezeichen gesetzt und gleichzeitig im Bereich des "Mischief-Riffs" (chin.: Meijiao) für längere Zeit Schiffseinheiten patrouillieren lassen.

Kaum hatten die Philippinen den Vorfall entdeckt, protestierte das philippinische Außenministerium, und zwar am 21. März 1995.

Die chinesische Seite fing den Ball auf und ließ durch einen Sprecher des Außenministeriums, Chen Jian, bekanntgeben, daß es sich bei den Seezeichen lediglich um Hilfsmittel handle, die die Sicherheit chinesischer Fischer gewährleisten sollten. Die Zeichen seien durch die chinesische "Administration" angebracht worden und folgten dem üblichen Schema, da die "Souveränität über die Nansha-Inseln (d.h. die Spratlys) und über die anliegenden Gewässer" ohne Zweifel der VR China zustehe, wobei China großzügig genug sei, fremden Schiffen freie Durchfahrt zu

gewähren und dabei auch Sicherheitsbelange zu übernehmen. (XNA, 21.4.95) Die philippinische Behauptung, daß die "friedliche Nutzung der Nansha-Inseln durch China die Sicherheit der Durchfahrt behindert", sei frei aus der Luft gegriffen. (Ebenda)

Am 22. März kam es in Beijing zu "Diskussionen" auf der Ebene stellvertretender Außenminister. Hierbei stimmten beide Seiten überein, daß Streitigkeiten auf friedlichem Weg und durch Verhandlungen gelöst werden sollten und daß der Nansha-Diskurs im übrigen keinen Einfluß auf die normale Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen China und den Philippinen nehmen solle. (XNA, 23.3.95) Zwischen beiden Seiten bestünden keine Konflikte von fundamentaler Bedeutung, und beide sollten sich deshalb bemühen, die bestehende Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens weiter auszubauen. Streitpunkte müßten hintangestellt und die umgebenden Seebereiche gemeinsam entwickelt werden, betonte Außenminister Qian Qichen, der am Rande der Gespräche konsultiert wurde. (Ebenda)

Ganz im Widerspruch zu diesem Verhandlungsergebnis entfernten einen Tag später philippinische Marineeinheiten die von den Chinesen angebrachten Seezeichen. Verteidigungsminister Arturo Enrile betonte am 23. März außerdem, daß chinesische Schiffe immer noch in der Nähe des Mischief-Riffs stationiert seien, und daß sich das philippinische Militär deshalb gezwungen sehe, Patrouillen in der betreffenden Gegend durchzuführen, um "einem ausländischen Eindringen in philippinisches Territorium vorzubeugen". (ABC-DWET-Fernsehen, Quezon City, SWB, 25.3.95)

Im Gegensatz zu den betulichen Erklärungen des chinesischen Außenministeriums gibt sich das chinesische Militär in der Spratly-Frage wesentlich weniger konzessionsbereit. In einem Bericht der *Jiefangjun bao* ("Zeitung der Volksbefreiungsarmee") vom 17. März 1995 heißt es auf Seite 1, daß die Südchinesische Flotte der VBA inzwischen ein effizientes Logistiknetz im Bereich der Spratlys eingerichtet habe, wobei die "Nanshas" als ein "strategisches Problem unter den Bedingungen eines High Tech-Kriegs betrachtet" würden. Dementsprechend gelte es, den Nachschub sowohl in Friedens- als auch in Kriegs-



zeiten sicherzustellen. Im Rahmen des neuen Nachschubsystems seien die früheren Transportschiffe durch Containerschiffe ersetzt und die Anlieferungszeiten auf ein Fünftel verkürzt worden.

Dies sind Töne, die auf andere Spratly-Aspiranten wie Vietnam, Brunei oder die Philippinen höchst beunruhigend wirken dürften. -we-

\*(7)

### **China tritt für die Fortsetzung des Vertrags über die Nichtweitergabe von Atomwaffen ein**

Vom 17.4. bis 22.5. fand in New York eine Konferenz von 170 der 185 Mitgliedstaaten der UNO statt, bei der es um die Weiterführung und Ausweitung des Vertrags über die Nichtweitergabe von Atomwaffen (VNWA) ging, also um eine Frage, die für die internationale Sicherheit von lebenswichtiger Bedeutung ist.

Der VNWA war 1968 im Entwurf von der UNO verabschiedet und am 1. Juli 1968 in London, Moskau und Washington unterzeichnet worden. Am 5. März 1970 war er offiziell in Kraft getreten. Mehr als 170 Länder sind inzwischen dem Vertragswerk beigetreten, darunter i.J. 1992 auch die Atomwaffenmacht China.

Würde dieser mittlerweile 25 Jahre alte Vertrag nicht verlängert, so könnte dies zu einer globalen Wucherung von Atomwaffen führen - eine Katastrophe! Im großen und ganzen stand deshalb schon von vornherein die Verlängerung fest. Doch gab es am Rande zahlreiche Kontroversen, nämlich (1) über die Diskriminierung der Nicht-Atomstaaten, ferner (2) über die unzulängliche "Verbreitungs"-Dimension: Zwar bannt der Vertrag die "horizontale Weitergabe", d.h. die Ausbreitung von Atomwaffen in andere Länder, nicht aber die "vertikale Verbreitung", d.h. die Eskalation von Atomwaffen innerhalb der Atomwaffenmächte. Darüber hinaus untersagt der Vertrag (3) den Nicht-Atomstaaten die Durchführung von nuklearen Tests, während Atomwaffenmächte und Nichtmitglieder von Einschränkungen dieser Art befreit bleiben.

Vor allem aber sind einige Nichtmitglieder de facto bereits Atomwaffenmächte. So verfügt beispielsweise Israel über vermutlich 200 Atomwaffen, und auch dem früheren Regime Südafrikas wurde der Besitz von 6 Atomwaffen nachge-

sagt. Darüber hinaus sind sowohl Indien als auch Pakistan in der Lage, Nuklearwaffen herzustellen. "Nuklearwaffenverdächtig" war eine Zeitlang auch der Irak und bleibt weiterhin Nordkorea.

Während die USA eine möglichst unbegrenzte Verlängerung des VNWA forderten, traten andere für eine Verlängerung auf höchstens 25 Jahren ein. Überdies forderten einige Nichtatomstaaten unter Führung Mexikos, daß die Verlängerung des VNWA mit der Forderung nach einem vollständigen Verbot von Kernwaffenversuchen verknüpft werden solle.

Am Schluß blieb es im wesentlichen beim - unbefristeten - Status quo, ohne daß sich die fünf Atomwaffenbesitzer weiteren Einschränkungen unterworfen hätten und ohne daß die Gefahr eines Nuklearwaffenbesitzes von Nichtmitgliedern gebannt worden wäre.

In seiner Erklärung vom 5. April 1995 gab China erneut seinen altbekannten Standpunkt bekannt, daß es zu keiner Zeit und unter keinen Umständen zuerst nukleare Waffen einsetzen oder mit dem Einsatz drohen werde. Diese Erklärung gelte für alle Nicht-Atomstaaten, die den Vertrag über die Nichtweitergabe von Atomwaffen unterzeichnet haben. China wolle im UNO-Sicherheitsrat darauf hinwirken, daß allen Nicht-Atomstaaten, die nuklearen Angriffen oder Angriffsdrohungen ausgesetzt sind, in angemessener Weise geholfen, und daß der nukleare Aggressor streng bestraft wird - als ob ein zum Angriff entschlossener Atomstaat sich von Strafdrohungen der UNO einschüchtern ließe! (XNA, 20.4.95)

Was den möglichen Atomwaffenbesitz Nordkoreas angeht, so verläßt sich die VR China hier voll auf die nordkoreanisch-amerikanischen Verhandlungen: Nach der Unterzeichnung des "Korean-U.S. Framework Agreement" sei eine "entspannte Atmosphäre auf der koreanischen Halbinsel" entstanden. (Xinwen she in SWB, 18.3.95)

Was den Export von friedlicher Atomkraft angeht, will sich China von drei Prinzipien leiten lassen, nämlich dem Grundsatz, (1) ausschließlich für friedliche Zwecke zu liefern, (2) sich dabei an die IAEA-Richtlinien zu halten und (3) keine Weitergabe an Drittländer ohne Chinas Zustimmung zu gestatten. (XNA, 20.4.95)

Die Unterschriften unter die Verlängerungsvereinbarungen waren noch nicht trocken, da veranstaltete China am 15. Mai einen unterirdischen Atomwaffentest in der Wüste Lop Nor - und verstieß damit bereits zum vierten Mal gegen das 1992 von den Atomwaffenbesitzern vereinbarte Moratorium gegen solche Versuche! -we-

\*(8)

### **Qian Qichen verteidigt die Ausgaben für das Militär**

In seinem Finanzbericht für 1995 hatte Finanzminister Liu Zhongli darauf hingewiesen, daß China für das laufende Jahr Militärausgaben in Höhe von 63 Mrd. Yuan (= rd. 11 Mrd. DM) eingeplant habe.

Qian Qichen wurde bei seiner Pressekonferenz vom 10. März nach seinem Kommentar zu dieser von der internationalen Öffentlichkeit als bedrückend empfundene Aussage gebeten.

Qian nahm die Gelegenheit beim Schopf, um vor allem die Nachbarstaaten zu beruhigen. Zwar seien die Militärausgaben 1995 gegenüber den 55 Mrd. Yuan von 1993 um 14% gestiegen. Dieser Anstieg liege jedoch unter der für das laufende Jahr befürchteten Inflationsrate von rd. 15%. Es handle sich hier also letztlich um ein Nullwachstum. Ferner sei der Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 1,3% i.J. 1994 auf 1,2% i.J. 1995 gesunken. (BRu 1995, Nr. 12, S. 34)

Worauf Qian - von seinem Standpunkt aus verständlich - nicht einging, war die Schätzung internationaler Experten, die davon ausgehen, daß die von den Chinesen offiziell eingeräumte Zahl verdoppelt, verdreifacht oder vielleicht sogar verfünffacht werden müsse. Niemand weiß hier allerdings genau Bescheid, da kein Einvernehmen darüber besteht, was alles zu den "Militärausgaben" gehört. Vermutlich sind sich nicht einmal die chinesischen Entscheidungsträger selbst darüber ganz im klaren.

Immerhin verweisen sie in einem anderen Kontext darauf, daß die Verteidigungsausgaben der USA i.J. 1993 bei 370 Mrd. US\$ gelegen hätten - also bei einem Betrag, der die chinesischen Parameter - wie immer man sie berechne - um ein 9-10faches übertreffe. Allerdings ist dies für die Nachbarn Chinas noch lange kein Trostpflaster! -we-